

Frau Oberbürgermeisterin
Margret Mergen
Rathaus Baden-Baden
Marktplatz
76530 Baden-Baden

Gemeinderatsfraktion Baden-Baden
Astrid Sperling-Theis
Stadträtin
Geroldsauer Straße 98 f
76534 Baden-Baden

Fon 07221 72255
Fax 07221 72259
E-Mail sperling-theis@t-online.de

Datum 22. April 2015

ANTRAG

Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Baden-Baden

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Mergen,

im Namen meiner Fraktion, Bündnis90/DIE GRÜNEN, stelle ich folgenden Antrag:

Die Stadt Baden-Baden veranlasst die Einrichtung eines "Baden-Badener Sozial-Tickets" für den ÖPNV in Baden-Baden mit einer Gültigkeit im gesamten Stadtgebiet. Dieses personengebundene Angebot soll zu einem annehmbaren Preis (z. B. 20 Euro pro Karte) an in Baden-Baden lebende Menschen mit geringem Einkommen verkauft werden.

Im Einzelnen umfasst diese Gruppe alle Leistungsbezieher nach SGB-II, SGB-XII (Grundsicherung Bundesversorgungsgesetz, Asylbewerberleistungsgesetz und wirtschaftlicher Jugendhilfe des Jugendamts sowie von diesen Einkommen mitabhängige Haushaltsangehörige.

Auf die Monatskarte *ab 60 bzw. 65* ist ebenfalls eine Minderung bis auf 20 € denkbar, wenn die Bürger/-innen auf Grundsicherung angewiesen sind.

Sachverhalt/Begründung:

Mobilität ist eine notwendige Voraussetzung für eine umfassende Teilhabe an unserem gesellschaftlichen Leben. Gerade in der direkten Umgebung der eigenen Stadt kommt ihr eine große Bedeutung zu. Da sich die Einkommen der genannten Zielgruppe am Rande des Existenzminimums bewegen, halten wir es für eine kommunale Aufgabe, diesem Personenkreis mittels eines solchen Sozialtickets die erforderliche Mobilität zu ermöglichen, auch um eine mögliche Arbeitsaufnahme zu erleichtern oder Kinder in eine Kindertagesstätte zu geben, denn nicht immer hat der fußläufig erreichbare Kita auch freie Plätze.

Die Stadt Karlsruhe hat beispielsweise im Oktober 2009 ein solches Ticket eingeführt, und zwar in Verbindung mit dem Karlsruher Pass.

Wer den Karlsruher Pass hat, kann die Monatskarte in den Kundenzentren des KVV für die Hälfte des regulären Preises bekommen. Das vergünstigte Ticket erhalten Bezieher von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe/Grundsicherung, aber auch Menschen, die Wohngeld oder Kinderzuschlag bekommen.

Auch in anderen Städten, wie München, Dortmund; in **Köln** hat man beste Erfahrungen mit dem Sozialticket für Einkommensschwache im öffentlichen Personennahverkehr gemacht: Mehr Einnahmen, mehr Fahrgäste, ein höherer Kostendeckungsgrad und weniger Defizit, dafür mehr Mobilität und Lebensqualität für die Nutzer und weniger Schwarzfahrer. Bis zu 28 000 Kölner kaufen das Ticket jeden Monat.

Heilbronn bietet seit 1. April 2015 auch den Asylbewerbern und Flüchtlingen ein Sozialticket zum Preis von 20 € an. Bei größerer Reichweite des Tickets erstattet die Stadt Heilbronn dem Verkehrsbetrieben die Differenz zu 20 Euro.

Die erste Bilanz für das von der **Stadt Heidelberg** im Januar 2014 eingeführte Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr ist positiv: Die von der Stadt subventionierten Zeitkarten der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH werden gut angenommen.

Auch alle anderen großen und größeren Städte in Baden-Württemberg (außer Freiburg) bieten ein Sozialticket an. Freiburg hat vergleichbar eine kostengünstige Regiokarte.

Ich hoffe, dass dieser Punkt in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses am 13. Mai 2015 behandelt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen

A. Speig-Heis